

Bedingungen für eine gelingende Integration in Europa

Die Integration einer größeren Anzahl von außereuropäischen Ausländern, Flüchtlingen und Migranten in die offene Gesellschaft eines europäischen Landes kann dann und nur dann gelingen, wenn dadurch weder die wirtschaftliche Prosperität noch der soziale Frieden noch der freiheitlich demokratische Rechtsstaat gefährdet werden.

Wo eine Gefahr auch nur für eine dieser drei Säulen der offenen Gesellschaft besteht, kann die Integration nicht gelingen und wird die offene Gesellschaft schweren Schaden nehmen. Das kann weder im Interesse der Bürger und Menschen in Europa sein noch im Interesse der Ausländer, Flüchtlinge und Migranten, die doch gerade wegen der offenen Gesellschaften mit einer hohen wirtschaftlichen Prosperität mit einem hohen Maß an sozialem Frieden und einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat nach Europa kommen wollen und nicht etwa nach Russland, nach Saudi-Arabien, in die Türkei oder gar nach China auswandern wollen.

Unzumutbare Belastungen, große Ungerechtigkeiten, zusätzliche Anlässe für Unmut und Sozialneid durch Benachteiligung der sozial Schwächeren, aber nicht der politischen Eliten, die die Integration fördern, moralische Appelle und paternalistische Belehrungen der Bevölkerung gefährden nur den sozialen Frieden und führen zu gefährlichen Spaltungen in der Bevölkerung zwischen regierungstreuen Bürgern und Menschen und solchen, die eine andere Einwanderungspolitik und eine ihrer Auffassung nach bessere Integrationspolitik für das Land fordern.

Ob die Integration einer größeren Anzahl von außer-europäischen Ausländern, Flüchtlingen und Migranten in die offene Gesellschaft eines europäischen Landes gelingt, hängt jedoch nicht nur von den dafür günstigen sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnissen in dem Land oder von der Mentalität in der einheimischen Mehrheitsbevölkerung ab, sondern auch von der abweichenden Mentalität der Ausländer, Flüchtlinge und Migranten, die eine gewisse Bringschuld haben. Das wird leider zunehmend vergessen und verdrängt.

Ein universales ethisches Prinzip besagt: Nicht nur Gastgeber haben Pflichten gegenüber ihren Gästen, sondern auch Gäste haben Pflichten gegenüber ihren Gastgebern. Entsprechend haben auch nicht nur Gäste bestimmte Rechte, sondern auch ihre Gastgeber. Daher haben nicht nur die Einheimischen bestimmte Pflichten gegenüber den Einwanderern, sondern auch die Einwanderer haben bestimmte Pflichten gegenüber den Einheimischen. Also haben auch nicht nur die Einwanderer bestimmte Rechte, sondern auch die Einheimischen. Zwar haben die Einwanderer allgemeine Menschenrechte, aber Einheimische haben sowohl parochiale Bürgerrechte als auch allgemeine Menschenrechte.

Damit die Integration einer größeren Anzahl von Ausländern, Flüchtlingen und Migranten in die offene Gesellschaft eines europäischen Landes gelingen kann, müssen zumindest die folgenden sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen gegeben sein:

- offene Gesellschaft mit Bereitschaft zur Aufnahme und Integration von Fremden
- genug Vertrauen der Bürger und Menschen in die parlamentarische Demokratie und in den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat
- günstiges quantitatives Verhältnis zwischen integrierender Mehrheitskultur und Anzahl der zu integrierenden Minderheiten
- Vorrang des säkularen und freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vor den parochialen Bindungen und Forderungen der Religionen, Konfessionen und Weltanschauungen
- selbstbewusste Leitkultur (Sprache, Kalender, Bräuche, Feiertage, Gewohnheiten, etc.)
- angemessene Anzahl von integrierenden Institutionen (Ämter und Bildungseinrichtungen)
- hinreichende ökonomische Prosperität mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven
- angemessene Anzahl von verfügbaren Ausbildungsstellen, Jobs und Stellenangeboten
- angemessene Anzahl von günstigen Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt
- effektive und stabile rechtsstaatliche Institutionen (Exekutive, Judikative und Legislative)
- effektives Grenzregime einer rationalen, produktiven und selektiven Einwanderungspolitik, (das die Einwanderung von islamistischen Gefährdern, IS-Kämpfern und Unterstützern des IS (aber *nicht* von Muslimen überhaupt) sowie von Kriminellen verhindern soll)

Wo diese sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen nicht hinreichend gegeben sind, wird es zu einem massiven Verdrängungswettbewerb und zu schmerzhaften Verteilungskämpfen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt kommen. Diese existenziellen und sozialen Konflikte können die offene Gesellschaft eines europäischen Landes ernsthaft gefährden, da dann das Vertrauen der Bürger und Menschen in die parlamentarische Demokratie und in den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat schwindet und da dann bald auch die ökonomische Prosperität verloren geht.

Europa ist seit vielen Generationen durch Judentum und Christentum, römisches Recht und die neuzeitliche Aufklärung geprägt. Damit die Integration einer größeren Anzahl von vorwiegend

muslimischen Ausländern, Flüchtlingen und Migranten in die offene Gesellschaft gelingen kann, müssen außerdem bestimmte soziale, rechtliche und politische Bedingungen gegeben sein: sozialstaatliche und rechtsstaatliche Institutionen müssen davor bewahrt werden, ungerechte Verhältnisse zu schaffen oder auch nur zuzulassen.

Insbesondere die sozial schwächeren Schichten in der einheimischen Bevölkerung dürfen nicht am meisten mit den Folgekosten der Zuwanderung belastet werden. Denn solange die Folgekosten der Zuwanderung auf deren Schultern ausgetragen werden, führt das zu einem Unmut über politisch zugelassene Ungerechtigkeiten und zu einem Sozialneid bei vielen alteingesessenen Bürgern. Das aber sind die wichtigsten Ursachen für ausländerfeindliche Protestbewegungen (wie PEGIDA) und die Abwanderung zu nationalistischen Protestparteien (AfD, FPÖ, SVP, RN, PVV, etc.) und rechtsradikalen Bewegungen und Parteien (IBD, Combat 18, NPD, III. Weg, Reichsbürger, etc.).

Daher sind verschiedene politische Maßnahmen praktisch notwendig:

- geheimdienstliche Überwachung und strafrechtliche Verfolgung von ausländerfeindlichen Volksverhetzern und rechtsextremen Gewalttätern
- geheimdienstliche Überwachung von verfassungsfeindlichen Politikern, Gruppierungen und Parteien mit Verbindungen zu militanten und gewalttätigen Bewegungen
- engagierte Verteidigung der Demokratie, des säkularen Rechtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft in einem fairen politischen Streit der Parteien untereinander
- angemessener Schutz sozialstaatlicher Institutionen durch Auszahlungsbeschränkungen, um im Ausland keine besondere Anziehungskraft auf potentielle Migranten zu entfalten
- angemessener Schutz sozialstaatlicher Institutionen durch Auszahlungsbeschränkungen, um eine illegitime Ausnutzung durch externe Familienmitglieder im Ausland zu verhindern
- strafrechtliche Verfolgung von Banden- und Clankriminalität mit Beziehungen oder Wurzeln im europäischen oder außereuropäischen Ausland
- polizeilicher Schutz von prominenten ehemaligen, liberalen und säkularen Muslimen und von prominenten muslimischen und nicht-muslimischen Islamkritikern
- Förderung der universitären Ausbildung von deutschsprachigen Imamen und hermeneutisch gebildeten islamischen Theologieprofessoren liberaler oder konservativer Orientierung
- Unterbindung der politischen Steuerung islamischer Gemeinden in Europa aus dem Ausland

durch Regierungen von Staaten, wie z.B. dem Iran, der Türkei oder Saudi-Arabien

- geheimdienstliche Überwachung von politisierten und radikalisierten Moscheegemeinden
- Verhinderung von Ghettobildung in Städten und Gemeinden durch Ausländer, Flüchtlinge und Migranten und behördliche Förderung gemischter Nachbarschaften
- Schutz christlicher, homosexueller und anderer bedrohter Minderheiten vor Mobbing durch die mehrheitlich muslimischen Flüchtlinge und Migranten in den Unterkünften
- Schutz von Apostaten und Konvertiten vor Bedrohung durch aggressive und intolerante Muslime oder Islamverbände
- Schutz von Apostaten und Konvertiten vor Abschiebung in ihre vorwiegend muslimische Heimatländer
- Schutz von eingewanderten Kindern und Jugendlichen vor Anheuerung und Ausbeutung durch Drogendealer, Freier und andere Kriminelle
- strafrechtliche Verfolgung von Drogendealern, Freiern und anderen Kriminellen, die eingewanderte Kinder und Jugendliche anheuern und ausbeuten

Dr. Ulrich W. Diehl, Heidelberg im März 2020

Homepage: <https://www.ulrich-walter-diehl.de/>